

TAGUNG

Europa in Zeiten von Politisierung und Europäisierung

Frédéric Krumbein*

Die Jahrestagung des Instituts für Europäische Politik, die in Kooperation mit dem Arbeitskreis Europäische Integration durchgeführt wurde, widmete sich dem Thema der zunehmenden Politisierung in der Europäischen Union. Politisierung bezeichnet im Allgemeinen intensivere und konflikträchtigere Debatten um die Struktur, die Politiken und das Spitzenpersonal der Europäischen Union.

Peter-Christian Müller-Graff betonte zu Beginn der Tagung den „fortschreitenden Charakter“ des Begriffs der Politisierung, insgesamt bleibe das Konzept aber relativ schwammig. Die Europäische Union sei zunehmend Gegenstand kontroverser Debatten in den Mitgliedstaaten, was eine neue Entwicklung sei. Ein weiteres Beispiel für Politisierung sei, dass die Kommission sich zunehmend um Mehrheiten im Europäischen Parlament bemühen müsse.

Partei- und personalpolitische, nationalistische und konzeptionelle Elemente ließen sich beim Begriff der Politisierung identifizieren. Die partei- und personalpolitischen Elemente hätten sich bei der erstmaligen Nominierung von Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2014 gezeigt. Die Personalie des gegenwärtigen Präsidenten der Kommission, Jean-Claude Juncker, habe im Vorfeld seiner Nominierung intensive Diskussionen in den Mitgliedstaaten hervorgerufen. Die nationalistische Dimension von Politisierung habe sich unter anderem in den Vorurteilen gezeigt, die während der Griechenlandkrise in der deutschen und griechischen Boule-

Die fortschreitende Politisierung der Europäischen Union – Akteure und Konfliktmuster

Jahrestagung des Instituts für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Direktorium des IEP und dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)

Mit freundlicher Unterstützung des Auswärtiges Amtes und kofinanziert durch die Europäische Union

8./9. Oktober 2015, Berlin

Begrüßung und Eröffnung

Prof. Dr. Michael KREILE, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin; Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF, Vorsitzender des Vorstands, Arbeitskreis Europäische Integration (AEI); Universität Heidelberg

Christoph WOLFRUM, Leiter des E-Stabes, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Katrin BÖTTGER, Stellvertretende Direktorin, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Panel I: Politisierung der EU: Konturen eines Ansatzes

Vorsitz: Prof. Dr. Michael KREILE, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Michael ZÜRN, Direktor der Abteilung Global Governance, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Prof. Dr. Thomas RISSE, Freie Universität Berlin

* Dr. Frédéric Krumbein, Geschäftsführer des Arbeitskreises Europäische Integration, Berlin.

wardpresse bedient worden seien. Ein personalisierter „Zweikampf“ bei den Verhandlungen über neue Finanzhilfen für Griechenland zwischen dem deutschen und dem niederländischen Finanzminister Wolfgang Schäuble beziehungsweise Jeroen Dijsselbloem einerseits und dem griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis andererseits habe das europäische Publikum elektrisiert.

Als Beispiel für die konzeptionelle Dimension von Politisierung nannte Müller-Graff die unterschiedliche Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen in den EU-Staaten: auf der einen Seite die vergleichsweise hohe Aufnahmebereitschaft von Deutschland und einigen anderen Staaten und auf der anderen Seite die zögerliche und ablehnende Haltung Ungarns und anderer ost- und mitteleuropäischer Staaten. Die Politisierung der Europäischen Union verfüge nach Ansicht von Müller-Graff über das Potenzial, den Zusammenhalt der Europäischen Union durch kontroverse Debatten zu stärken.

Christoph Wolfrum führte als ein Beispiel für eine politisiertere Union die Äußerung von Juncker an, dass er ein politischerer Präsident der Kommission sein wolle. Dies habe auch seinen Niederschlag in den ersten Maßnahmen der Kommission und den neu geschaffenen Strukturen der Kommission mit themenübergreifenden Vizepräsidenten und spezialisierten Fachkommissaren gefunden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise der Europäischen Union habe dazu geführt, dass die Kommission einen Bedeutungszuwachs erlebt habe und gleichzeitig die Innenpolitik der Mitgliedstaaten einen stärkeren Einfluss auf die Arbeit der Union ausübe.

Katrin Böttger nannte als ein Beispiel für die Politisierung der Europäischen Union die immer kürzere und schnellere Berichterstattung, die zu einer teilweise einseitigen Fokussierung auf antieuropäische Äußerungen geführt habe. Sie betonte die Parallelität von einerseits einem wachsenden Europaskeptizismus und andererseits dem zunehmenden Bedarf

Panel II: Krisenmanagement und Zusammenhalt der EU: die Beispiele Griechenland und Großbritannien

Vorsitz: Dr. Tobias KUNSTEIN, Universität zu Köln

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Henrik ENDERLEIN, Hertie School of Governance, Berlin; Jacques Delors Institut-Berlin

Dr. Martin HEIPERTZ, Referatsleiter „Grundsatzfragen der europäischen Politik“, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Prof. Dr. Mareike KLEINE, Associate Professor of EU and International Politics, London School of Economics, London

Prof. Dr. Johannes POLLAK, Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Abendvortrag: Entwicklungsoptionen für die Wirtschafts- und Währungsunion

Steffen KAMPETER, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Deutscher Bundestag, Berlin

Moderation: Prof. Dr. Mathias JOPP, Direktor, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Panel III: Rechtspopulismus und Euroskeptizismus: Krisensymptome und ihre Ursachen

Vorsitz: Prof. Dr. Gabriele ABELS, Jean-Monnet-Chair, Universität Tübingen

Joachim BLEICKER, Beauftragter für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Funda TEKIN, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Prof. Dr. Joachim SCHILD, Universität Trier

Panel IV: TTIP als aktuelles Beispiel der gesellschaftlichen Politisierung in Fragen der Globalisierung

Vorsitz: Prof. Dr. Tanja BÖRZEL, Freie Universität Berlin

Knut BRÜNJES, Leiter der Unterabteilung für Handelspolitik, WTO, OECD, Amerika im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Prof. Dr. Sebastian DULLIEN, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Fabian WENDENBURG, Abteilung Außenwirtschaftspolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Berlin

Axel SCHÄFER, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

für gesamteuropäische Lösungen. Es gehe um die beiden zentralen Fragen, ob wir die Europäische Union überhaupt wollen und falls ja, welche.

Politikwissenschaftliche Definitionen von Politisierung und Europäisierung

Michael Zürn vertrat die These des „Politisierungsparadoxes“. Auf der einen Seite nehme die Wahlbeteiligung ab, auf der anderen Seite steige die Politisierung in der Europäischen Union. Er meinte mit dem Begriff zuallererst, dass europapolitische Themen öffentlich angesprochen und diskutiert werden. Früher sei dies weniger der Fall gewesen. Weiterhin seien die Positionen kontroverser geworden und die Zahl der beteiligten Akteure an europapolitischen Debatten sei schließlich gewachsen. Diese drei Elemente bildeten den Politisierungsindex des Wissenschaftszentrums Berlin, der in den letzten Jahren eine Zunahme von Politisierung in der Europäischen Union gemessen habe.¹

Zürn nannte drei unterschiedliche Lesarten von Politisierung: erstens Politisierung aufgrund der Ausweitung des Neoliberalismus, die zu einem Sieg des Kapitalismus auf Kosten der Demokratie geführt habe; zweitens die Renationalisierung der Politik in Europa, die insbesondere durch die Verlierer der Europäisierung Mobilisierungspotenzial für (Rechts-)Populismus biete; drittens Politisierung der Europäischen Union als Chance, da sie zu einem öffentlichen Diskurs über Inhalte, Zuständigkeiten und Legitimität der Union führe.

Abschließend sagte er, dass es mehr echte Alternativen in der europäischen Politik geben solle und dies zu einer Auflösung des „Politisierungsparadoxes“ führen könne. Politisierung müsse ebenso bedeuten, dass die Europäische Union auch einmal verlieren könne, das heißt, zu einem Zeitpunkt weitere Integrationsschritte ausbleiben oder sogar eine

Schlussfolgerungen

Manuel SARRAZIN, MdB, Europapolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag, Berlin
Dr. Frédéric KRUMBEIN, Geschäftsführer, Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), Berlin

Desintegration in Teilbereichen stattfinde. Ansonsten fehle es in der Tat an einem Angebot politischer Alternativen, was langfristig die Unzufriedenheit unter den Wählerinnen und Wählern steigern.

Frank Schimmelfennig sprach über die Konturen des Ansatzes der Politisierung, über den bislang relativ wenig geforscht wurde. In der Forschung zu Politisierung dominiere eher eine negative Sichtweise auf diese Entwicklung. Grundsätzlich sei dieser Prozess aber ergebnisoffen und könne sowohl zu einem positiven als auch negativen Resultat führen.

Ein Beispiel für eine negative Auswirkung von Politisierung seien abschmelzende integrationsfreundliche Mehrheiten im Europäischen Parlament. Dies erschwere die EU-Gesetzgebung und mache Entscheidungen komplizierter. Damit verkleinere sich der Spielraum für Entscheidungen. Diese Entwicklung führe potenziell zu einer stärkeren Stagnation der Integration oder sogar zu Desintegration. Differenzierung in der Integration könne ebenfalls eine Folge sein.

Allerdings verfügten die Akteure auf europäischer Ebene durchaus über Gegenstrategien: Beispielsweise bildeten sich im Europäischen Parlament zunehmend große Koalitionen der europafreundlichen Parteien, Mehrheitsentscheidungen in der Europäischen Union würden ausgeweitet, Entscheidungen an unabhängige Organe, wie die Europäische Zentralbank, delegiert und es werde versucht, nationale Volksabstimmungen zu vermeiden. Im Ergebnis führe dies zu einer Verhärtung von Positionen zwischen Europaskeptikern und

1 Zum Politisierungsindex siehe auch den Beitrag Christian Rauh/Michael Zürn: Die Politisierung der Europäischen Union als Chance nutzen, in diesem Band, S. 3-14.

-befürworten und zum Teil zu einer Verzögerung von Integration. Ein Beispiel sei die verzögerte Ratifikation des Vertrags von Lissabon. Eine Verhinderung von Integration lasse sich bislang aber nicht beobachten. Die Eurokrise stelle einen Schlüsselfall dar, in dem eine extreme Politisierung und gleichzeitig eine weitreichende Vertiefung der Europäischen Union stattgefunden hätten. Selbst bei Versagen der zuvor genannten Gegenstrategien, wie die anfänglich obstruktive Haltung der griechischen Regierung von Alexis Tsipras und die Volksabstimmung über neue Spar- und Reformauflagen der Eurogruppe, hätten sich die Kosten eines Euroaustritts für Griechenland als so prohibitiv dargestellt, dass letztlich die Regierung Tsipras zu einer eurofreundlichen Politik zurückgekehrt sei.

Thomas Risse benannte in seinem Vortrag drei Punkte. Erstens, Europäisierung und Politisierung unterschieden sich. Europäisierung beinhalte drei Dimensionen: Aufmerksamkeit für europäische Themen; Sprecher von der europäischen Ebene oder aus anderen EU-Staaten als Akteure in der nationalen medialen Öffentlichkeit; sowie die Möglichkeit der transnationalen Kommunikation, das heißt, es existiere ein gleicher Referenzrahmen in den jeweiligen nationalen Debatten und gleiche Begriffsdefinitionen würden verwendet.

Zweitens, in der Eurokrise habe es eine starke Politisierung und Polarisierung gegeben. In Brüssel werden ähnliche Themen und Inhalte diskutiert wie in den Nationalstaaten. Es habe zudem eine Ausweitung der Akteure stattgefunden, das heißt, Akteure aus anderen Staaten und der Europäischen Union treten zunehmend auf. Allerdings blieben Akteure aus der Exekutive in den Debatten dominant.

Bezogen auf die Flüchtlingskrise vertrat Risse die These, dass eine extrem hohe Politisierung und gleichzeitig eine hohe Europäisierung zu beobachten seien. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán habe zwar versucht, die Krise als deutsches Problem darzustellen, aber dies sei gescheitert. In der

Flüchtlingskrise gehe es um das Bild des künftigen Europa. Auf der einen Seite stehe ein offenes, liberales und kosmopolitisches Europa, vertreten unter anderem von Bundeskanzlerin Angela Merkel, und auf der anderen Seite, wie von Orbán gefordert, ein abgeschottetes und nationalstaatliches Europa (mutmaßlich) christlicher Werte.

Drittens, Politisierung als Phänomen sei in der Forschung nicht kontrovers. Die Debatte drehe sich vielmehr um die Konsequenzen von Politisierung. Grundsätzlich sei diese ein normales Ergebnis demokratischer Politik und nicht unbedingt negativ zu beurteilen. Die Konsequenzen der Politisierung müssten als ergebnisoffen betrachtet werden und ob diese negativ oder positiv ausfallen, werde von den politischen Eliten abhängen sowie ihrer Art, europapolitische Debatten in der Öffentlichkeit zu führen. Die Eliten müssten viel stärker für europapolitische Positionen werben, wie sie dies mit nationalen Themen bereits tun würden.

In der anschließenden Diskussion wies *Böttger* darauf hin, dass der entscheidende „cleavage“ in der Europäischen Union vor allem zwischen Antieuropäern und Proeuropäern verlaufe. In den Debatten zwischen den beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker und Martin Schulz, habe es nur relativ wenige Kontroversen gegeben.

Zürn betonte, dass der Kern von Politisierung für ihn öffentlicher Streit und Polarisierung sei. Politische Entscheidungen könnten zunehmend weniger in einer Sphäre getroffen werden, die sich von öffentlichen Debatten und der Möglichkeit zu Partizipation abschottete. Er sehe zudem eine kritische Weichenstellung, vor der sich die Europäische Union in den nächsten zehn bis 15 Jahren befinde und die bei dem ergebnisoffenen Prozess der Politisierung entweder zu ihrem Zusammenbruch oder zu einer weiteren Demokratisierung führen könne.

Risse präzisierte den Unterschied zwischen europäisierten Öffentlichkeiten, das heißt nationalen Öffentlichkeiten, in denen europapolitische Themen wichtiger würden, und einer europaweiten Öffentlichkeit mit europaweiten Medien. Eine echte europaweite Öffentlichkeit mit europaweiten Medien gebe es bislang kaum.

„Brexit“ und „Grexit“?

Mareike Kleine vertrat die These, dass Großbritannien aus der Europäischen Union austreten werde, weil deren Gegner sich stärker mobilisieren würden als die Befürworter eines Verbleibs in der Union. Selbst wenn das kommende Referendum für einen Verbleib ausgehe, sei es wahrscheinlich, dass die Tories europaskeptischer würden und in Zukunft weitere Referenden, bis zu einem erfolgreichen Austritt, stattfinden werden.

Die Konsequenzen für Großbritannien wären sehr negativ. Zum einen würde sich erneut die schottische Frage stellen, da Schottland sehr europafreundlich sei und ein Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich durch einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union wahrscheinlich werde. Zudem würde Großbritannien außerhalb der Europäischen Union weniger Direktinvestitionen anziehen und sich weiter vom europäischen Binnenmarkt entfernen. Die weltpolitische und wirtschaftliche Bedeutung Großbritanniens würde sich deutlich verringern.

Konzessionen für Großbritannien, um dessen Verbleib in der Europäischen Union zu garantieren, seien unnötig und vermutlich sogar kontraproduktiv, weil sie Euroskeptiker in anderen Staaten stärken würden. Insofern sei es sinnvoll, sich jetzt Gedanken über die Konsequenzen des Austritts zu machen und diesen vorzubereiten.

Martin Heipertz sprach ebenfalls über den möglichen „Brexit“. Die Umfragen würden zurzeit zwar eher für einen Austritt sprechen, aber er glaube, dass der britische Premiermi-

nister David Cameron die Stimmung noch positiv beeinflussen könne. Die Eurozone solle sich insgesamt überlegen, was für ein Verhältnis sie zu den Nichteurostaaten künftig haben wolle.

Ansgar Belke referierte über die Griechenlandkrise. Der Unterschied zwischen Griechenland und anderen Austeritätsstaaten, wie Portugal, bestünde unter anderem darin, dass die Exporte Griechenlands sich nicht nennenswert gesteigert hätten, trotz der Senkung der Löhne. Ein Ende der Sparpolitik in Griechenland würde nach Belkes Ansicht nicht zu mehr Wachstum führen, da die hohen Ausgaben des Staates und die Verschuldung das entscheidende Problem seien. Im Übrigen sähen die gegenwärtigen Vereinbarungen mit Griechenland keine weiteren Austeritätsmaßnahmen vor. Die Arbeit der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bewertete er gemischt. Sie habe es durch ihre Maßnahmen nicht geschafft, Wachstum zu fördern. Dies liege aber nicht zwangsläufig an den von der Troika vorgeschriebenen Maßnahmen, sondern vielfach an ihrer mangelhaften Umsetzung und teilweisen Verschleppung. Insgesamt müsse der fehlende Fortschritt beim wirtschaftlichen Wachstum sowohl der Troika als auch – zum größeren Teil – der griechischen Regierung zugeschrieben werden.

Für *Henrik Enderlein* sei die Politisierung der Wirtschafts- und Währungsunion der nächste logische Schritt. Er vertrat die These, dass ein „Grexit“ für die Europäische Union fatal wäre. Ein „Brexit“ hingegen sei vermutlich verkraftbar. Er lobte die EU-Verträge, die einen Austritt aus der Währungsunion nicht zuließen, aber einen Austritt aus der Union schon. Die Irreversibilität der Mitgliedschaft im Euro habe während der Eurokrise die Währung stabilisiert. Der „Brexit“ wäre hingegen nicht so gravierend. Großbritannien würde vermutlich einen vergleichbaren Status wie Norwegen oder die Schweiz erhalten. Wahrscheinlich hätte ein „Brexit“ größere Auswirkungen

auf diese Staaten als auf die Europäische Union, da voraussichtlich ein vergleichbarer Status für all diese Staaten geschaffen werden würde. Mit Blick auf das europäische Krisenmanagement verwendete Enderlein die Metapher eines Boots (Europäische Union), welches während des Sturms (Eurokrise) repariert worden sei. Leider habe es nach der Krise keine Generalinspektion und Reparatur des „EU-Boots“ gegeben, sondern man steuere weiter und hoffe darauf, dass das Boot auch den nächsten Sturm wieder überstehen werde.

Johannes Pollak steuerte eine österreichische Perspektive zur Debatte bei. In Österreich bestünden ein großer Europaskeptizismus und eine verheerend negative Meinung über die Europäische Union. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sei sehr stark. Pollak sah eine Mischung aus verschiedenen europäischen Krisen: konstitutionell, finanziell und ökonomisch. Er vertrat zudem die These, dass die europakritischen Debatten von den politischen und geografischen Rändern der Union getrieben werden.

Großbritannien müsse sich bei den Verhandlungen über seine künftige EU-Mitgliedschaft vermutlich mit einigen Opt-outs zufriedengeben, da wahrscheinlich kein neuer EU-Vertrag beschlossen werde. Im bestehenden rechtlichen Rahmen der Europäischen Union ließen sich die allermeisten Themen, die Großbritannien wichtig seien, wie Migrationskontrolle, Reduzierung von Sozialleistungen für Ausländer oder ein Rabatt bei den Beitragszahlungen zum EU-Haushalt, bereits realisieren. Ein Austritt Großbritanniens werde in erster Linie für das Land selbst sehr kostspielig werden.

Pollak plädierte für institutionelle Reformen in der Europäischen Union, sah dafür aber keine Möglichkeit in der gegenwärtigen politischen Stimmung. Differenzierte Integration habe früher bedeutet, dass sich alle in die gleiche Richtung bewegten, aber mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Gegenwärtig meine differenzierte Integration hingegen,

dass sich alle in unterschiedliche Richtungen bewegten und noch dazu mit unterschiedlicher Geschwindigkeit.

Links- und Rechtsextremismus als Gefahr für die EU

Joachim Bleicker sprach über die Erfolge von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie bei nationalen und regionalen Wahlen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Erfolge erklärten sich häufig aus spezifischen Themen, wie zurzeit der Zustrom von Flüchtlingen und Migranten oder die noch nicht vollständig überwundene Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die klassischen Strategien der europaskeptischen und rechtspopulistischen Parteien lägen in Vereinfachung und Polarisierung von politischen Themen und einer sich selbst als „Stimme des Volkes“ reklamierenden Position. Die politischen Strategien des Umgangs mit diesen Parteien seien Einbindung in Regierungen, wie beispielsweise in Finnland, eine Ausgrenzung und Isolierung, wie in Frankreich mit dem Front National, oder eine teilweise Übernahme der Positionen, wie beispielsweise in Großbritannien.

Die den Erfolgen dieser Parteien zugrunde liegende Ursache sei ein realer oder perzipierter Kontrollverlust nationaler Politik. Probleme würden mit der Europäischen Union assoziiert und Erfolge rein national erklärt. ‚Brüssel‘ werde häufig als undemokratisch betrachtet. Die Europäische Union werde zudem nicht als Schutzmacht für die negativen Folgen der Globalisierung angesehen, sondern in erster Linie als „Brandbeschleuniger“ einer neoliberalen Politik.

Welche Lösungsmöglichkeiten bestehen nach Ansicht von Bleicker? Der Fokus sollte auf sachlichen Lösungen, auf politischer Führungskompetenz und Handlungsfähigkeit und in vielen Bereichen auf mehr europäischer Integration liegen. Letztlich brauche Europa

eine effektive Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Förderung von Beschäftigung, die konsequente Bekämpfung von Rassismus und Nationalismus, die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte sowie die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Eine Rückkehr zum Nationalen könne keine Alternative in dieser Welt sein.

Ihren Vortrag begann *Funda Tekin* mit einer Definition von Europaskeptizismus. Europaphobiker und Europaenthusiasten stellten die beiden Extreme dar. Die Europaphobiker sprächen sich für einen Austritt aus der Europäischen Union aus, moderatere Kritiker forderten hingegen nur ein geringeres Niveau an Integration und damit eine andere Europäische Union. Vorurteile seien negative Einstellungen, die in der Regel nicht auf eigenen Erfahrungen basierten. Feindbilder beruhten auf einem Schwarz-Weiß-Denken und würden häufig von europaskeptischen Parteien emotional verwendet.

Eine der Ursachen, warum diese Parteien erfolgreich sind, läge in einem fehlenden Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union. Sie wirke sehr komplex, wie zum Beispiel die langen und schwer verständlichen Verträge zeigten. Die Europäische Kommission werde häufig als technokratisch und regelungswütig perzipiert und es werde nicht ausreichend kommuniziert, dass die vielen europäischen Regelungen für einen gemeinsamen Binnenmarkt erforderlich seien. Abschließend sagte Tekin, dass der Europäischen Union zurzeit ein übergreifendes Narrativ fehle. Früher seien diese Narrative zum Beispiel Frieden oder Prosperität gewesen.

Joachim Schild konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf den europaskeptischen Populismus und die Politisierung von Europathemen in Frankreich. Die Effektivität und Performanz der Europäischen Union würden zurzeit von vielen Bürgerinnen und Bürgern skeptisch bewertet. In den letzten Jahren habe die Eurozone eine unterdurchschnittliche Per-

formanz gezeigt. Es habe kaum Wohlfahrtsgewinne beziehungsweise sogar massive Wohlfahrtsverluste in einigen Eurostaaten gegeben. Diese Leistungsfähigkeit stelle sich auch im Vergleich zu globalen Wettbewerbern, wie den USA, als schlecht dar. Innerhalb der europäischen Integration gebe es eben auch Verlierer und diese würden gezielt von populistischen Parteien aus dem linken und rechten Spektrum angesprochen.

Europathemen hätten in Präsidentschaftswahlkämpfen in Frankreich seit 1974 deutlich an Bedeutung gewonnen. Bei der letzten Wahl 2012 hätte dieses Thema bislang die größte Rolle gespielt. Fragen der Souveränität und Identität dominierten ebenso wie sozial- und wirtschaftspolitische Themen. Dabei sei keine klare Trennung zwischen Links- und Rechtsextremismus festzustellen. So übernehme Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National zunehmend sozioökonomische Kritikpunkte an der Europäischen Union und die Linksfront um Jean-Luc Mélenchon thematisiere gleichfalls den Souveränitätsverlust Frankreichs.

In Umfragen glaube die Mehrheit der Franzosen, dass die Europäische Union ihr Leben nicht verbessere. So werde beispielsweise angegeben, dass sie nicht die geeigneten Voraussetzungen für die Entstehung neuer Arbeitsplätze schaffe. Zwei Drittel der Franzosen dächten, dass es in Frankreich zu viele Ausländer gebe und eine Mehrheit glaube, dass der Islam nicht kompatibel mit französischen Werten sei. Der Front National setze gegenwärtig vollständig auf die Themen Einwanderung und Bedrohung durch Terrorismus. Zudem gebe es oftmals kaum Unterschiede zwischen den Äußerungen der gemäßigten Rechten, der Partei der Republikaner um Nicolas Sarkozy, und dem Front National zu Themen wie Einwanderung und Souveränitäts- und Identitätsfragen. Unter Sarkozy rücke die republikanische Partei zunehmend nach rechts.

TTIP als Projektionsfläche für Globalisierungs- und Kapitalismuseegner

Knut Brünjes wies zu Beginn seines Vortrags darauf hin, dass Freihandelsabkommen auch in der Vergangenheit bereits stark politisiert wurden. Das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) stelle keine Ausnahme dar. Das Ziel sei, die Verhandlungen über das Abkommen noch während der Präsidentschaft von Barack Obama zu beenden. Der Ratifikationsprozess werde wahrscheinlich frühestens im Jahr 2018 abgeschlossen werden und in Kraft treten könnte das Abkommen dann mit möglichen Übergangszeiten in den Jahren 2025 bis 2030. Für die USA spiele die Europäische Union mit einem Anteil von 15 Prozent am Außenhandel eine mittelgewichtige Rolle, der asiatisch-pazifische Raum sei wichtiger. Aus deutscher Perspektive stellten die USA aktuell den wichtigsten Außenhandelsmarkt dar. Ziele durch TTIP aus EU-Perspektive seien ein besserer Marktzugang in den USA und ein besserer Schutz von europäischen Investitionen.

Sebastian Dullien sagte, die Verhandlungen über TTIP hätten zu einer Stärkung des Europäischen Parlaments geführt, weil Parlamentarier effektiv mehr Einfluss nähmen und Positionen der Kommission veränderten, zum Beispiel bei den umstrittenen internationalen Schiedsgerichten, dem ‚investor-state dispute settlement‘ (ISDS).² TTIP werde voraussichtlich zu einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union um 0,5 Prozent über den Zeitraum von zehn Jahren führen. Dies wären etwa 100 Milliarden Euro oder 150 Euro pro Kopf. Dullien ergänzte, dass in den Debatten teilweise falsche Fakten durch die Kommission und von Akteuren, die sich für TTIP einsetzten, angeführt worden seien.

Fabian Wendenburg erläuterte in seinem Vortrag, dass TTIP ein gutes Beispiel für die Politisierung der Globalisierungsdebatte darstelle. Aus seiner Perspektive würden Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung auf TTIP übertragen, die nicht unbedingt durch Argumente und Fakten gedeckt seien. Ein Beispiel sei der Bereich der Norm- und Standardsetzung, in dem auch gegenwärtig häufig Expertengremien ohne Beteiligung des Europäischen Parlaments oder der Zivilgesellschaft agierten, wie zum Beispiel DIN³ oder EU-Gremien. Es bestehe insgesamt ein Vertrauensdefizit in die Europäische Union und in die USA, sodass die Bevölkerung sich skeptisch gegenüber TTIP und den Verhandlungen zeige.

Die Debatte konzentriere sich zunehmend auf die Gefahr der Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und weniger auf Gewinner und Verlierer der Globalisierung. Entsprechend würden vielfach Argumente ins Feld geführt, die eigentlich mit TTIP nichts zu tun hätten. Das nationale Argument, dass die eigenen Standards automatisch besser als die anderen seien, sollte auch kritisch hinterfragt werden. Bei TTIP gehe es vor allem um die Förderung von freiem Handel, offenen Märkten und um die Setzung von gemeinsamen (und eigenen) Standards im globalen Handel.

Axel Schäfer betonte die Aufgabe der Europäischen Union, die Globalisierung besser zu gestalten als die Nationalstaaten. Die nationale Politik habe TTIP und die Debatte darüber am Anfang unterschätzt. In den Jahren 2012 und 2013 habe es überwiegend Zustimmung und kaum Debatten gegeben. Erst danach seien kritische Fragen gestellt worden und vor allem der Europawahlkampf habe die Diskussion politisiert und intensiviert. Schäfer betonte schließlich, dass der Diskussionsprozess auch positiv sei, weil viele Bürgerinnen und Bürger viel lernten. Somit sei

2 Zum diesem Thema siehe den Beitrag von Claudia Conen/Ludwig Gramlich: Investor-Staat-Streitbeilegung – Suche nach alternativen Lösungsansätzen und -wegen, in diesem Band, S. 30-45.

3 Deutsches Institut für Normung.

TTIP auch eine Chance für die europäische und nationale Politik.

Politisierung und Europäisierung als Chance für ein demokratisches und leistungsfähiges Europa nutzen

Manuel Sarrazin fasste die Debatte um TTIP zusammen und Frédéric Krumbein präsentierte ein kurzes Fazit der Ergebnisse der Tagung. Krumbein benannte fünf Punkte, die ihm zentral erschienen. Zuerst sei in der Europäischen Union eine zunehmende Politisierung und Europäisierung zu konstatieren, das heißt, es gebe mehr öffentlichen Streit um und mehr Aufmerksamkeit für europäische Themen und Akteure. Zum zweiten müsse Politisierung als ergebnisoffener Prozess verstanden werden, der sowohl negative (Desintegration, Zusammenbruch der Europäischen Union, Zunahme autoritärer Einstellungen) als auch positive Folgen (mehr Demokratisierung und Vertiefung der Europäischen Union) nach sich ziehen könne. ‚Brexit‘ und ‚Grexit‘ stellten mögliche Negativbeispiele dar. Drittens verliefen die negativen und positiven

Folgen teilweise parallel. So gebe es einen wachsenden Euroskeptizismus bei gleichzeitiger Vertiefung der Europäischen Union. Beispiele seien die Eurokrise und die Reaktion darauf. Als vierten Punkt nannte er die durch einen wachsenden Europaskeptizismus eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union und plädierte für einen weiteren Integrationsschritt durch einen neuen EU-Vertrag, voraussichtlich mit einem starken Kerneuropa als Fundament. Letztlich müsse die Leistungsfähigkeit der Europäischen Union erhöht werden, um die Lebenssituation der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und damit die antieuropäische Stimmung wirksam zu bekämpfen. Fünftens dürfe man nicht vergessen, dass die innereuropäischen Unterschiede und Konflikte im globalen Maßstab gering seien. Die gemeinsamen Werte der Europäischen Union, wie Demokratie, Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit, unterschieden diese deutlich von anderen Staaten und Weltregionen, wie Russland oder China.